

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 3. Oktober 2016, mit dem eine Resolution vom 3. Oktober 2016 betreffend Novellierung des Ökostromgesetzes vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Niederösterreich vom 2. November 2016, mit dem eine Resolution vom 20. Oktober 2016 betreffend Maßnahmen gegen politisch-religiösen Fanatismus in Österreich sowie zum Schutz der heimischen Bevölkerung vor Terror vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 15. November 2016, mit dem ein Beschluss vom 5. Oktober 2016 betreffend ein Gesamtkonzept zur Reduktion von Lebensmittelabfällen vorgelegt wird.
4. Schreiben des Bürgermeisters von Keutschach vom 7. November 2016, mit dem eine Resolution betreffend "TTIP/TISA-freie Gemeinden" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Bürgermeisters von Wels vom 8. November 2016, mit dem eine Resolution vom 7. November 2016 betreffend "Gegen die Nutzung und den Umbau der Liegenschaft Linzer Straße 89 in eine Registrierungsstelle für Asylangelegenheiten" vorgelegt wird.
6. Schreiben der Stadt Baden vom 16. November 2016, mit dem eine Resolution vom 15. November 2016 betreffend "Einführung des 365-Euro-Jahrestickets für alle öffentlichen Verkehrsmittel in Niederösterreich" vorgelegt wird.
7. Schreiben der AK Tirol vom 4. November 2016, mit dem Anträge der 170. Vollversammlung vom 28. Oktober 2016 vorgelegt werden.
8. Schreiben der AK Niederösterreich vom November 2016, mit dem Anträge der 6. Vollversammlung vom 11. November 2016 vorgelegt werden.
9. E 178-NR/XXV.GP vom 10. November 2016 betreffend Datenschutz bei Wahlkarten (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 179-NR/XXV.GP vom 10. November 2016 betreffend die dringend nötige Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes für den Öffentlichen Dienst (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 181-NR/XXV.GP vom 10. November 2016 betreffend Frauenförderung in der Filmbranche (Wortlaut siehe Beilage).

Entschließung

des Nationalrates vom 10. November 2016

betreffend Datenschutz bei Wahlkarten

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler sowie der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, bis 1. März 2017 eine Darstellung über die sich auch aus einem internationalen Vergleich ergebenden Optionen für die Gestaltung von Wahlkarten die sowohl den Anforderungen der Wahlgrundsätze als auch jenen des Datenschutzes genügen, vorzulegen, damit dieses Ergebnis in die parlamentarischen Beratungen zur Reform des Wahlrechts einfließen kann.

179/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 10. November 2016

**betreffend die dringend nötige Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes für den
Öffentlichen Dienst**

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, in Umsetzung der Entschließung vom 21. Jänner 2015 die Verhandlungen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zur Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes ehestmöglich mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvorlage abzuschließen.

Entschließung

des Nationalrates vom 10. November 2016

betreffend Frauenförderung in der Filmbranche

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien wird ersucht,

1. Gender Budgeting in den verschiedenen Förderstellen des Bundes des österreichischen Films zu etablieren und damit künftig für mehr Transparenz bei der Vergabe der Gelder zu sorgen;
2. Mit den Förderstellen des Bundes finanzielle Anreizsysteme zu entwickeln und diese regelmäßig auf deren Auswirkung zu evaluieren;
3. Strategische Maßnahmen zur Stärkung weiblicher Filmschaffender zu unterstützen;
4. Bei den Förderstellen des Bundes anzuregen, die Arbeitsstipendien im Bereich Drehbuch, in dem vergleichsweise viele Frauen tätig sind, zu stärken;
5. Mit der Filmakademie Wien in einen Dialog zu treten, um Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung von Frauen, insbesondere unter den Professuren zu etablieren, mit dem Ziel zu einem ausgeglichenen Verhältnis von Frauen und Männern zu gelangen;
6. Mit dem ORF in einen Dialog zu treten, um den Fokus auf den österreichischen Film und hier insbesondere auf jene Filme mit starker Beteiligung weiblicher Filmschaffender zu verstärken; sowie im ORF anzuregen, eine Evaluierung der Gelder nach dem Geschlechterverhältnis zu unternehmen und künftig Gender Budgeting im ORF zu etablieren und gegebenenfalls einen eigenen Filmbeauftragten / eine eigene Filmbeauftragte im ORF anzudenken.
7. Mit den Landesförderstellen in einen Dialog zu treten und anzuregen, ähnliche Maßnahmen zu treffen, um auch in den Bundesländern zu einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis zu gelangen.